

A6 Abbau von Arbeiter:innenrechten stoppen!

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 19.08.2026

Antragstext

1 „Der kranke Mann Europas“ – so schallt es durch die Zeitungen, sobald sich in
2 diesem Land jemand mit der wirtschaftlichen Entwicklung befasst. Und der Befund
3 ist nicht aus der Luft gegriffen. Die deutsche Wirtschaftsleistung schrumpfte
4 2023 um 0,3 Prozent, 2024 um weitere 0,2 Prozent, 2025 lag sie kaum über der
5 Nulllinie. Für 2026 hat der BDI seine Wachstumsprognose im Juni auf 0,4 Prozent
6 gesenkt. Vier Jahre Stillstand. Die Arbeitslosigkeit steigt das dritte Jahr in
7 Folge und verharrt bei rund drei Millionen. Seit 2019 sind etwa 400.000
8 Industriearbeitsplätze verschwunden.

9 Gleichzeitig bewegen sich die Preise für alles, was Arbeiter:innen zum Leben
10 brauchen, munter nach oben. Die Reallöhne sind 2025 zwar um 1,9 Prozent
11 gestiegen, aber erst damit nähern sie sich wieder dem Niveau von 2019 an. Sechs
12 Jahre Arbeit, sechs Jahre Tarifrunden, und unter dem Strich stehen wir dort, wo
13 wir vor der Pandemie schon einmal standen.

14 Wir teilen also die Diagnose: Es läuft etwas grundlegend schief. Wir teilen
15 ausdrücklich nicht die Therapie, die daraus mehrheitlich abgeleitet wird. Denn
16 die Erzählung von Arbeitgeberverbänden, der Union und aus dem Kanzleramt lautet:
17 Deutschland ist zu teuer, zu reguliert, zu bequem geworden. Wer länger arbeitet,
18 weniger verdient und weniger Rechte hat, rettet den Standort.

19 Das ist ökonomisch falsch und politisch gefährlich. Denn die deutsche Wirtschaft
20 leidet nicht an zu hohen Löhnen, sondern an einem Investitionsstreik.

21 Die Bruttoanlageinvestitionen lagen im ersten Halbjahr 2025 um 1,7 Prozent unter
22 dem Vorjahr; das Investitionsniveau liegt rund elf Prozent unter dem von 2019.
23 Besonders dramatisch ist die Lage bei Investitionen in Maschinen, Anlagen und
24 Fahrzeugen, alldem, was darüber entscheidet, ob hier in zwanzig Jahren noch
25 produziert wird. Sie brachen 2024 um rund sechs Prozent ein und sanken 2025
26 erneut. Die Bauinvestitionen gehen das fünfte Jahr in Folge zurück.

27 Nach Auswertungen von Daten des Bundeswirtschaftsministeriums und des
28 Statistischen Bundesamtes war die Nettoinvestitionsquote 2025 erstmals seit 1990
29 negativ (rund -0,23 Prozent). Das heißt im Klartext: Deutschland investiert
30 weniger, als es verschleißt. Der Kapitalstock dieses Landes schrumpft. Wir
31 fahren auf Verschleiß, dabei ist das benötigte Geld vorhanden. Es fließt nur
32 woanders hin, oder gar nicht.

33 Während die Investitionen einbrechen, wird in Deutschland weiter gespart, als
34 gäbe es kein Morgen. Doch das ist mitunter verständlich, denn für viele Menschen
35 ist völlig unklar, ob es ein Morgen gibt, in dem der eigene Arbeitsplatz noch
36 existiert.

37 Die Sparquote der privaten Haushalte lag 2024 bei 11,2 Prozent, im ersten
38 Halbjahr 2025 bei 10,3 Prozent und damit weiter über dem langjährigen
39 Durchschnitt. Das private Geldvermögen ist 2025 auf rund zehn Billionen Euro
40 angewachsen. Über 40 Prozent davon liegen auf Girokonten, Tagesgeld,
41 Sparbüchern, wo sie real an Wert verlieren und volkswirtschaftlich fast nichts
42 bewirken.

43 Die Stimmungsindikatoren zeigen dasselbe Bild. Das Konsumklima lag im August
44 2026 bei -29,6 Punkten und damit seit Monaten in einem engen Band um die Marke
45 von minus 29. Die Sparneigung ist zuletzt weiter gestiegen, die
46 Einkommenserwartung gesunken. Im Februar 2026 erreichte die Sparneigung ihren
47 höchsten Wert seit der Finanzkrise 2008.

48 Menschen, die um ihren Job fürchten, kaufen kein neues Auto und keine neue
49 Küche. Das ist ein individuell rationales Verhalten. Die daraus wachsenden
50 Folgen sind jedoch verheerend.

51 Nun kommt an dieser Stelle regelmäßig das Argument der Abwanderung. Und ja: Rund
52 20 Prozent aller Unternehmen beschäftigen sich mit der Verlagerung von
53 Investitionen oder Produktionskapazitäten ins Ausland oder haben sie bereits
54 umgesetzt, in der Industrie sind es sogar etwa 40 Prozent, bei großen
55 Unternehmen rund 60 Prozent. Rund ein Drittel der Unternehmen verschiebt
56 Investitionen in die eigenen Kernprozesse, jedes vierte Investitionen in den
57 Klimaschutz.

58 Diese Zahlen werden uns als Beweis vorgehalten, dass Deutschland zu teuer sei.
59 Wir lesen sie anders.

60 Ein Unternehmen, das seine Kernprozesse zehn Jahre lang nicht modernisiert hat,
61 weil es Gewinne lieber ausgeschüttet als reinvestiert hat, steht irgendwann mit
62 veralteten Anlagen und schlechter Kostenstruktur da. Dann ist der Neubau im
63 Ausland tatsächlich billiger als die Sanierung im Inland. Die Verlagerung von
64 heute ist die Quittung für die unterlassenen Investitionen von gestern und auch
65 für die unterlassenen öffentlichen Investitionen in Netze, Schienen, Brücken und
66 Energieinfrastruktur, für die dieselben Verbände jahrzehntelang die
67 Schuldenbremse gefeiert haben.

68 Wer daraus ableitet, man müsse nun eben die Löhne und Arbeitsrechte senken,
69 verlangt von den Beschäftigten, für ein Managementversagen und ein
70 Politikversagen zu zahlen, an dem sie nicht beteiligt waren.

71 Aus alldem ergibt sich eine sich selbst verstärkende Dynamik, die niemand
72 einzeln durchbrechen kann:

- 73 1. Unternehmen investieren nicht, weil sie keine Nachfrage erwarten.
- 74 2. Weil nicht investiert wird, fehlen Aufträge bei Zulieferern und im Bau;
75 Stellen werden abgebaut.
- 76 3. Weil Beschäftigte um ihre Jobs fürchten, sparen sie mehr und konsumieren
77 weniger.
- 78 4. Weil weniger konsumiert wird, erwarten die Unternehmen noch weniger
79 Nachfrage.
- 80 5. Weil dabei der Kapitalstock schrumpft, stagniert die Produktivität, was
81 dann wiederum als Argument für weitere Lohnzurückhaltung herhalten muss.

82 Volkswirtschaftlich gilt: Nicht alle können gleichzeitig sparen. Jedem
83 Überschuss steht ein Defizit gegenüber. Wenn private Haushalte und Unternehmen
84 zugleich sparen, muss jemand anders das Gegenkonto stellen. Das ist dann
85 entweder der Staat oder das Ausland. Der Staat darf es wegen der Schuldenbremse
86 nur eingeschränkt. Also übernimmt es das Ausland. Genau das ist der deutsche
87 Leistungsbilanzüberschuss: kein Ausweis von Stärke, sondern das statistische
88 Spiegelbild dessen, dass wir zu Hause zu wenig ausgeben.

89 Statt das bereits Erwirtschaftete besser zu verteilen und besser einzusetzen,
90 wird derzeit aber der umgekehrte Weg gegangen: Die Rechte der Arbeitenden sollen
91 beschnitten werden.

92 Die tägliche Höchstarbeitszeit soll durch eine wöchentliche Betrachtung ersetzt
93 werden. Bei einer Mindestruhezeit von elf Stunden wären Arbeitstage von bis zu
94 13 Stunden für weite Teile möglich und vermutlich sogar Realität. Der
95 Achtstundentag, für den unsere Bewegung über ein Jahrhundert gekämpft hat, wird
96 zur Verhandlungsmasse einer Standortdebatte missbraucht.

97 Der Achtstundentag ist aber kein Relikt des Industriezeitalters. Er ist eine
98 Schutznorm und gewinnt an Bedeutung, eben weil die Arbeit sich verändert. Die
99 erkämpften Arbeitnehmer:innenrechte als Schutz vor kapitalistischen Auswüchsen
100 werden wichtiger, je stärker die Verhandlungsposition der Einzelnen geschwächt
101 ist.

102 Diese Schwächung ist messbar. Die Tarifbindung lag 2025 bei 49 Prozent der
103 Beschäftigten, in Ostdeutschland bei 45 Prozent. 1998 waren es in
104 Westdeutschland noch 75,8 Prozent. Nur noch rund ein Viertel der Betriebe ist
105 tarifgebunden. In nicht tarifgebundenen Betrieben verdienen rund 19,8 Prozent
106 der Beschäftigten weniger als 14 Euro pro Stunde, in tarifgebundenen sind es 5
107 Prozent.

108 Wo kein Flächentarif gilt, konkurriert der Betrieb nebenan über den Preis der
109 Arbeit, nicht über Qualität. Wo Leiharbeit, Werkverträge und Befristungen die
110 Belegschaft segmentieren, konkurrieren Kolleg:innen im selben Werk
111 gegeneinander. Jede Absenkung von Standards, die als „Flexibilität“ verkauft
112 wird, verschiebt diese Konkurrenz weiter nach unten.

113 Dieselbe Logik wirkt auch innereuropäisch, nur mit ungleich größerem Schaden. In
114 einer Währungsunion kann kein Mitgliedsstaat mehr abwerten. Wer seine preisliche
115 Wettbewerbsfähigkeit verbessern will, kann das nur noch über die Löhne tun.
116 Genau das hat Deutschland in den 2000er Jahren getan, und genau dazu setzen die
117 aktuellen „Standortdebatten“ erneut an. Der Effekt ist eine reale Abwertung
118 gegenüber den Nachbarn: Deutsche Exporte werden billiger, die der Partnerländer
119 teurer. Deren Industrie gerät unter Druck, ihre Leistungsbilanzen rutschen ins
120 Minus, sie verschulden sich und bekommen anschließend aus Berlin Sparauflagen
121 diktiert.

122 Das ist das Exportmodell Deutschland: Es funktioniert nur, solange andere sich
123 verschulden. Es ist keine Erfolgsgeschichte, sondern eine Beggar-thy-neighbour-
124 Politik, die Europa als Gemeinschaft freier und gleicher Staaten geschadet hat.

125 Der Abbau des deutschen Überschusses durch höhere Binnennachfrage ist keine
126 Wohltat für die Nachbarn und keine Belastung für uns – er ist unsere europäische
127 Verpflichtung und zugleich in unserem eigenen Interesse.

Auf die Wirtschaftskrise unserer Zeit geben wir klare Antworten. Die Jusos Thüringen fordern deswegen:

1. Kein Abbau von Arbeitnehmer:innenrechten – nirgends

Die Jusos Thüringen lehnen die Ersetzung der täglichen durch eine wöchentliche Höchstarbeitszeit ab. Der Achtstundentag bleibt gesetzlicher Grundsatz. Abweichungen darf es nur durch Tarifverträge geben, nicht durch Betriebsvereinbarung oder Einzelabrede.

Die Pflicht zur elektronischen, tagesaktuellen Arbeitszeiterfassung muss ohne Ausnahmen für Kleinbetriebe und ohne Einschränkung auf einzelne Betriebsgrößen eingeführt werden. Sie ist kein Tauschgut für Flexibilisierung.

Wir fordern die SPD Bundestagsfraktion dazu auf, die geplanten Aufweichungen von Arbeiter:innenrechten entschieden abzulehnen. Darüber hinaus fordern wir sie auf, sich für die Erleichterung des Verfahrens zur Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen einzusetzen, damit die Unternehmen über Innovationen und Verfahren konkurrieren und nicht darüber, wer am meisten die Löhne drücken kann.

2. Ein deutsches Livret A: das Zukunftssparbuch

Wir fordern die SPD Thüringen, sowie die Thüringer SPD-Bundestagsabgeordneten und SPD Bundesminister:innen auf, sich für die Einführung eines freiwilligen, staatlich garantierten und steuerfreien Zukunftssparbuchs nach dem Vorbild des französischen Livret A einzusetzen.

So soll es funktionieren:

- Jede Person kann genau ein Konto eröffnen, mit einer Einlagenobergrenze (Vorbild Frankreich: 22.950 Euro). Die Einlage ist jederzeit verfügbar, staatlich garantiert und die Zinserträge sind steuerfrei.
- Der Zinssatz soll politisch nach einer gesetzlichen Formel festgelegt werden und darf die Inflationsrate nicht dauerhaft unterschreiten. Es gibt keinen Verrieb, keine Provisionen und keine Abschlusskosten.
- Die Einlagen sollen zu einem gesetzlich festgelegten Anteil bei einer öffentlichen Förderbank zentralisiert werden. Dies soll bei der KfW oder den Landesförderbanken passieren und dort in einem zweckgebundenen Fonds verwaltet werden.
- Dieser Fonds vergibt langfristige, zinsgünstige Kredite und das ausschließlich für einen gesetzlich abschließend definierten Verwendungskatalog: kommunaler und sozialer Wohnungsbau, Stadtwerke und Energienetze, Nahverkehr, Krankenhäuser, Bildungsinfrastruktur, kommunale Wärmeplanung sowie genossenschaftliche und ESOP-basierte Belegschaftsübernahmen.
- Über die Mittelverwendung soll jährlich öffentlich berichtet werden.

Das Zukunftssparbuch löst gleich mehrere Probleme auf einmal, ohne einen einzigen Menschen zu etwas zu zwingen. Bisher ist privates Vorsichtssparen ein reines Nachfrageleck: Geld verschwindet auf Girokonten und wird nicht investiert. Das Zukunftssparbuch verwandelt genau dieses Geld in produktive öffentliche Investitionen, ohne dass die Sparer:innen darauf verzichten müssen und ohne dass die Schuldenbremse dem entgegensteht.

172 Es demokratisiert die Kontrolle über hohe Geldsummen, die zusammenkommen, wenn
173 viele Menschen sparen. Heute entscheiden Banken und Fondsgesellschaften, wohin
174 die Ersparnisse dieses Landes fließen. Beim Zukunftssparbuch entscheidet das
175 Parlament über einen Verwendungskatalog.

176 Zudem wirkt es auch im Hinblick auf die Verteilungsgerechtigkeit. Wer wenig hat,
177 spart heute auf einem Konto mit Realzinsverlust, während Vermögende Zugang zu
178 Kapitalmarktrenditen haben. Ein garantierter, mindestens inflationsdeckender
179 Zins ohne Gebühren ist für kleine Sparer:innen die erste faire Anlageform seit
180 Jahrzehnten. Und er entzieht der Finanzindustrie ein Geschäftsmodell, das seit
181 der Riester-Rente vor allem eines produziert hat: privatisierte Gewinne.

182 Dabei bedeutet bei anderen Ländern inspirieren lassen auch, dass wir Fehler
183 nicht wiederholen. In Frankreich hat der Staat begonnen, Mittel des Fonds in die
184 Finanzierung neuer Atomkraftwerke umzulenken. Deshalb braucht es einen
185 gesetzlich abschließenden, nicht per Verordnung erweiterbaren Verwendungskatalog
186 und eine parlamentarische Zweckbindung. Ein Instrument, das öffentliche
187 Investition ermöglichen soll, darf nicht zum Schattenhaushalt für alles werden,
188 wofür sonst keine Mehrheit da ist.

Antragsbegründung

Erfolgt mündlich.